

Für eine neue „Streitkultur“

Die NATO als Forum für den transatlantischen Dialog

von Michael Rühle



MICHAEL RÜHLE, geb. 1959, ist Leiter des Planungsreferats der Politischen Abteilung der NATO. Der Verfasser gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

Seit Gerhard Schröder auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor einem Jahr die Feststellung traf, die NATO sei nicht mehr der Ort, an dem die Verbündeten wichtige Fragen konsultierten und koordinierten, sind Forderungen nach einer Neubelebung des transatlantischen Dialogs in aller Munde. Der Ruf nach einer „politischeren“ Allianz wurde gleichsam parteiübergreifend zum Thema – und zum wichtigen Bestandteil eines transatlantischen Neuanfangs nach dem Irak-Debakel. So war es auch kaum überraschend, dass sich die neue Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem NATO-Besuch kurz nach ihrem Amtsantritt im November 2005 demonstrativ für eine politischere Allianz aussprach.

Doch wie weit trägt ein solcher Dialog? Weisen die Zeichen der Zeit nicht genau in die entgegengesetzte Richtung – nämlich zur Aufwertung der Europäischen Union als zentralem Partner der USA bei der Bewältigung gemeinsamer globaler Fragen? Liegt nicht gerade in einer sicherheitspolitisch selbstbewussteren EU die Chance für die Europäer, endlich die „Augenhöhe“ zu erreichen, die ihr im militärisch asymmetrischen NATO-Rahmen nie so recht gelingen will?

Bei näherem Hinsehen wird jedoch rasch deutlich, dass es für einen verstärkten Dialog im Rahmen der NATO zahlreiche gute Gründe gibt. Nicht nur, weil eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die so etwas wie „Augenhöhe“ herstellen könnte, noch auf lange Zeit nicht existieren wird. Auch die kollektive Entscheidungsfindung in der NATO ist nun einmal ein qualitativ anderer Prozess als ein Verhandeln zwischen zwei Parteien. Nur in einer Allianz, in der die Staaten Nordamerikas und Europas gleichberechtigt als Vollmitglieder vertreten sind, lässt sich amerikanische und europäische militärische Macht zielgerichtet bündeln. Die Vereinigten Staaten haben daher immer wieder klargestellt, dass für sie der NATO-Rahmen für die sicherheitspolitische Diskussion mit den Europäern vorrangig bleibt.

Mehr noch: Auch die Tatsache, dass die europäischen Mitgliedschaften von NATO und EU auf lange Zeit nicht deckungsgleich sein werden, verlangt nach einem institutionellen Rahmen, der eine sicherheitspolitische Diskussion und militärisches Handeln über die Mitglieder der EU hinaus ermöglicht. Dies gilt insbesondere für die Türkei, deren EU-Vollmitgliedschaft noch weit entfernt sein dürfte. Und schließlich werden sich zahlreiche kleinere Staaten – aus dem „neuen“ ebenso wie dem „alten“ Europa – aus vielerlei Gründen davor hüten, Washington durch allzu lautes Pochen auf ihre EU-Identität zu frustrieren.

Die in den NATO-Kommuniqués enthaltene Feststellung, das Bündnis bleibe das zentrale Forum für den transatlantischen Sicherheitsdialog, ist daher mehr als bloße Konvention. Zahlreiche strukturelle wie politische Gründe sprechen nun einmal für ein genuin transatlantisches Forum. Über Art und Inhalt eines intensivierten politischen Dialogs im Bündnis ist damit allerdings noch nichts gesagt. Wer soll eigentlich mit wem reden – und worüber? Die Apologeten der „politischeren“ NATO haben sich hierzu bislang kaum geäußert. Doch ein Blick auf die jüngere Entwicklung der Allianz lässt einige Antworten zu.

Zentrales Wesensmerkmal einer politischeren NATO ist eine breiter angelegte sicherheitspolitische Debatte der Verbündeten. Die neuen Bedrohungen – Terrorismus, Proliferation, gescheiterte Staaten – berühren die NATO-Mitglieder in unterschiedlichem Maße. Eine gemeinsame Antwort auf diese Herausforderungen kann daher nicht mehr bedingungslos vorausgesetzt werden. Die Irak-Kontroverse hat dies besonders deutlich gezeigt. Diese Krise war nicht das Ergebnis der einschlägig bekannten militärischen Unzulänglichkeiten der Europäer, sondern Resultat eines fehlenden transatlantischen Sicherheitskonsenses. Um diesen Konsens immer wieder aufs Neue zu erringen, bedarf es einer umfassenden strategischen Debatte, in der kein Thema von vornherein ausgeschlossen werden darf.

Die Implementierung einer solchen „Streitkultur“ (NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer) hat bereits begonnen. Viele der regelmäßigen Außen- und Verteidigungsministertreffen sind inzwischen informeller Natur und ermöglichen so den Gedankenaustausch ohne diplomatisches Ritual. Dem Nordatlantikrat soll durch die Delegation mancher Aufgaben an untergeordnete Ausschüsse mehr Zeit zur Diskussion verschafft werden. Eine stärkere Einbeziehung der politischen Direktoren zeichnet sich ebenfalls ab. Die Tatsache, dass im Bündnis inzwischen Diskussionen über Entwicklungen im Nahen Osten möglich sind, zeigt, dass der Gedanke einer „politischeren“ NATO bei den Verbündeten auf Resonanz stößt.

Ein stärkeres politisches Profil wird es dem Bündnis auch erleichtern, seine militärischen Operationen in breiter angelegte politische Strategien für die Konfliktnachsorge einzubetten. Die schlichte Arbeitsteilung, in der die NATO zwar die Truppen stellt, die politische Ausgestaltung des Friedensprozesses jedoch ausschließlich anderen Akteuren der internationalen Gemeinschaft überlässt, ist nicht mehr zeitgemäß. Die Verbündeten haben ein Interesse daran, auf den politischen Prozess einzuwirken, an dessen Ende ein sich selbst tragender Frieden stehen soll.

Auch diese Entwicklung hat bereits ihren Anfang genommen. So ist die NATO inzwischen in die Suche nach einer politischen Lösung für das Kosovo im Rahmen der erweiterten Kontaktgruppe eingebunden. Und auch im Fall Afghanistans ist die Allianz an der Ausarbeitung politischer Strategien beteiligt, die über die operativen Fragen ihrer militärischen Präsenz in der Region hinausreichen. Die Ernennung eines zivilen Repräsentanten für Afghanistan, der die Koordination mit anderen Vertretern der internationalen Gemeinschaft sicherstellen soll, unterstreicht diesen politischen Gestaltungsanspruch des Bündnisses.

Informelle Debatten nehmen zu, der Gedanke einer „politischeren“ NATO stößt auf Resonanz.

Das dritte Wesensmerkmal einer politischeren NATO ist der Dialog mit anderen Akteuren, staatlichen ebenso wie nichtstaatlichen. Moderne Stabilisierungsmissionen können letztlich nur dann erfolgreich beendet werden, wenn der zivile Wiederaufbau der militärischen Präsenz unmittelbar nachfolgt. Aus diesem Grund muss die Koordination zwischen der NATO und anderen Institutionen, die gegenwärtig noch immer größtenteils im Krisengebiet selbst stattfindet, künftig auch auf der strategischen institutionellen Ebene erfolgen. Der Aufbau enger Beziehungen der NATO insbesondere zu den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und Nichtregierungsorganisationen ge-

Internationale Politik

hört daher zu den großen Gestaltungsaufgaben der kommenden Jahre. Auch ein solcher institutioneller Dialog verlangt jedoch, dass sich die NATO als echtes politisches Forum versteht und sich nicht auf die Rolle eines militärischen Dienstleisters festlegen lässt.

Als der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson einmal gefragt wurde, weshalb er einen ihm nicht wohlgesonnenen Politiker in sein Kabinett aufgenommen habe, antwortete der schrullige Südstaatler, es sei besser, den wider-

Nach draußen spucken:
Warum man widerborstige
Kollegen besser bei sich
im Zelt hat als davor...

borstigen Kollegen mit im Zelt zu haben und ihn nach draußen spucken zu lassen als umgekehrt. Diese Maxime gilt auch für die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen. Sie verlangen nach einem Forum, in dem Europa und Amerika gemeinsam als Verbündete den Dialog pflegen und in dem sie das gesamte Spektrum der sicher-

heitspolitischen Optionen – von der gemeinsamen Bedrohungsanalyse über die gemeinsame militärische Planung bis zum gemeinsamen Einsatz – umfassend koordinieren können. Dieses Forum ist gegenwärtig und absehbar künftig die NATO. Gemeinsam unter ihrem Dach lebt es sich für Europa und Amerika deutlich komfortabler.

Anzeige

IP

INTERNATIONALE POLITIK

Die Welt für die Westentasche



Der Jahrgang 2005 ist jetzt komplett auf CD-ROM erhältlich.
Bestellen Sie für €9,95 (Abonnenten €5,95) unter www.internationalepolitik.de
Oder bestellen Sie 11 Jahre IP auf CD-ROM für zusammen €25.